

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am
06.12.2010 Sitzungszimmer des Rathauses II

16.WP/WuF/043

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:48 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:48 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:48 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Rohde, Paul

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Ethner, Regina
Lüddecke, Dieter
Rheinhardt, Michael
Schulz, Kurt-Ulrich
Walter, Klaus-Dieter

stellv. Vorsitzender

Hinz, Gerald

Beratende/s Mitglied/er

Apel, Robert

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

- ab TOP 6, 16.08 Uhr -

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Herbst, Rainer
Horn, Frank
Philipps, Lutz
Strecker, Dagobert
Trappmann, Hendrik
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 29.11.2010

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen laut Geschäftsordnung
5. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2010 0835
6. Stellenplanentwurf 2011
Vorlage: 2010 0810
- 6.1. Stellenplanentwurf 2011
hier: Einrichtung einer 0,75 Stelle für eine/n Koordinator/in 'Pflegestützpunkt'
Vorlage: 2010 0810/1
7. Entwurf Haushaltssatzung 2011
Vorlage: 2010 0808
8. Haushaltssicherungskonzept 2011
Vorlage: 2010 0849
9. Entwurf Investitionsprogramm 2011
Vorlage: 2010 0809
10. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Rohde eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 29.11.2010

- v e r t a g t -

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Philipps teilte mit, dass die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport eine Berechnung angefordert habe, in welcher Höhe die einzelnen Kommunen voraussichtlich mit der in § 14 c NFAG vorgesehenen Entschuldungsumlage belastet werden. Es handelt sich hierbei um eine finanzielle Entlastung der stark verschuldeten Städte und Gemeinden, denen bis 75 % der Kassenkredite abgenommen werden sollen. Die Gesamtsumme des Fonds betrage 70 Mio. €. Dieser solle zur Hälfte vom Land und zur Hälfte

von den Kommunen gespeist werden. Der jetzt für Burgdorf ermittelte einzuzahlende Betrag ab 2012 liege bei 59.617 €.

Die Frage von **Herrn Lüdecke**, ob die Einzahlung in diesen Fond auch für die Landkreise bzw. Region Hannover gelte, wurde von **Herrn Philipps** bejaht. Der für die Region Hannover ermittelte Betrag liege bei 2.737.276 €.

4. **Anfragen laut Geschäftsordnung**

Herr Rohde verlas die von ihm gestellte Anfrage (Anlage 1).

Herr Philipps beantwortete die Anfrage dahingehend, dass ein Haushaltssicherungsbericht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgelegt werden könne. Die Fachbereiche seien aufgefordert worden, sich zu den einzelnen Positionen zu äußern. Der Bericht werde den Ratsmitgliedern dann Anfang des Jahres 2011 zugehen.

Von **Herrn Rohde** wurde ergänzend noch empfohlen, künftig bereits im Laufe des Haushaltsjahres einen Zwischenbericht zum Haushaltssicherungskonzept abzugeben.

5. **Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung** **Vorlage: 2010 0835**

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen schließt sich folgendem Beschlussvorschlag zur Vorlage an:

Der Rat beschließt, den Aufwand für die selbständig nutzbaren Teileinrichtungen (Beleuchtung) / Abschnitte bei den in der Vorlage genannten Anlagen (Straßen) gesondert zu ermitteln.‘

6. **Stellenplanentwurf 2011** **Vorlage: 2010 0810**

Herr Hinz trug die Beratungsergebnisse der Mehrheitsgruppe zum Stellenplan-Entwurf vor.

Zu Ziff. 1 erklärte er, dass die Stelle zunächst für zwei Jahre befristet besetzt werden solle. In dieser Zeit sollte geprüft werden, ob hier eine Zusammenarbeit mit einem externen Anbieter in Betracht kommen könne.

Herr Strecker erklärte, dass die Erfahrungen mit externen Anbietern bisher nicht positiv gewesen seien. Es könne aber in den zwei Jahren ein Vergleich angestellt werden, welche Option in dem Zeitraum günstiger gewesen wäre.

Die Stellen zu Ziff. 2 – so **Herr Hinz** – müssten bei Einrichtung der Offenen Ganztagschulen an allen Grundschulen auch so im Stellenplan belassen werden.

Zu Ziff. 3 führte **Herr Hinz** aus, dass zunächst der Arbeitsanfall durch Herrn Kauter nochmals geprüft werden sollte. Hier wird eine weitere Befristung bis 31.12.2012 empfohlen.

Herr Walter bat darum, die Befristung bis 31.12.2011 zu belassen und in dieser Zeit eine Untersuchung des Arbeitsanfalls durchzuführen.

Dem entgegnete **Herr Strecker**, dass dann die Stelle zum 01.01.2012 noch nicht besetzt werden könne, falls sich ein weiterer Bedarf abzeichne.

Herr Baxmann ergänzte, dass jetzt für die Möglichkeit gesorgt werden müsste, die Stelle bei Bedarf auch in Anspruch nehmen zu können. Sollte sich ab 2012 kein Bedarf mehr für die Besetzung der Stelle abzeichnen, werde diese natürlich auch nicht besetzt werden.

Die Stellen zu Ziff. 4 und 5 sollten – so **Herr Hinz** – wie im Stellenplan-Entwurf vorgeschlagen, eingerichtet werden.

Die zu Ziff. 6 und 7 vorgeschlagenen Stellen sollen nach Meinung der Mehrheitsgruppe nicht eingerichtet werden.

Die Verlängerung der Stelle zu Ziff. 8 bis zum 31.12.2012 sollte wie vorgeschlagen erfolgen.

Den Ziffern 10 bis 13 wird von der Mehrheitsgruppe wie vorgeschlagen zugestimmt.

Herr Rohde erklärte für die CDU-Fraktion, dass diese den Stellenplan-Entwurf ablehnen werde.

Nach kurzer weiterer Diskussion ließ Herr Rohde über den Stellenplan-Entwurf abstimmen. Bei 4 Jastimmen und 4 Enthaltungen fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden **Beschluss**:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Als Bestandteil des Haushaltsplanes 2011 wird der dem Originalprotokoll als Anlage beigefügte Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 mit den vorgetragenen Änderungen beschlossen.‘

**6.1. Stellenplanentwurf 2011
hier: Einrichtung einer 0,75 Stelle für eine/n Koordinator/in 'Pflegestützpunkt'
Vorlage: 2010 0810/1**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen **beschloss einstimmig** die in der Vorlage 2010 810/1 vorgeschlagene Einrichtung einer 0,75 Stelle für eine/n Koordinator/in ‚Pflegestützpunkt‘.

7. Entwurf Haushaltssatzung 2011
Vorlage: 2010 0808

Herr Philipps gab einige kurze Erläuterungen zu den in der verteilten Liste aufgeführten Änderungen (Anlage 2).

Zu Ziff. 9 schlug **Herr Walter** vor, mit dem DRK Kontakt aufzunehmen, ob hier evtl. eine Beteiligung an den Kosten von Seiten des DRK erfolgen würde.

Herr Lüddecke sprach Ziff. 10 und 11 der Liste an und fragte nach, ob die Einrichtung des Pflegestützpunktes kostenneutral erfolgen würde. Dieses wurde von **Herrn Philipps** bejaht. Die Einrichtung solle kostendeckend geführt werden.

Zu lfd. Nr. 33 erklärten die Ausschussmitglieder, dass hier in der letzten Sitzung bereits Einigkeit bestanden habe, den Betrag von 15.000 € für das Kunstobjekt am Kreisel der Hochbrücke zu streichen.

Zu der Verringerung der Verpflichtungsermächtigung erklärte **Herr Herbst**, dass ursprünglich eine VE von 180.000 € im Haushalt enthalten gewesen war. Da auf den Bau des Kreisels am Schwarzen Herzog verzichtet werden sollte, verringert sich diese VE um 115.000 €. Ein Betrag von 65.000 € sollte als VE bestehen bleiben, um eine Fußgängerquerung am Kleinen Brückendamm zu schaffen.

Anschließend stimmte der Ausschuss mit 4 Jastimmen und 4 Enthaltungen den Änderungsempfehlungen aus der Liste vom 06.12.2010 zu.

Zu den von Herrn Kauter vor einiger Zeit verteilten Zusatzlisten zum Haushalt mit aufgeführten Kennzahlen merkte **Frau Ethner** an, dass festzustellen sei, dass an allen Schulen die Schülerzahlen rückläufig seien, außer in Otze und Ehlershausen.

Des weiteren habe sie festgestellt, dass bei den Obdachlosenunterkünften für 2010 keine Belegungszahlen aufgeführt seien. In den Jahren 2008 und 2009 sei die Belegung auch schon entsprechend niedrig gewesen, so dass sich die Frage stelle, ob überhaupt so viele Wohnungen vorgehalten werden müssten.

Hierzu erläuterte **Herr Philipps**, dass die jetzigen Mieter auf dem freien Markt schlecht oder gar nicht vermittelbar seien. Aufgrund der rückläufigen Belegungszahlen seien ja auch schon in den letzten Jahren die Wohnungen in der Eseringer Straße und im Weidendamm geräumt worden, um die Objekte zu veräußern.

Zur Sanierung der Hausmeisterwohnung am Gymnasium erkundigte sich **Herr Rohde**, ob diese Wohnung überhaupt bewohnt sei und dann eine Renovierung nicht durch den Hausmeister selbst erfolgen könne.

Dazu erklärte **Herr Strecker**, dass die Wohnung durch einen Hausmeister bewohnt sei und es sich hier nicht um normale Renovierung, sondern Bauunterhaltung handele.

Herr Rohde fragte nach, ob nicht einige Maßnahmen – so z.B. die Fenster-sanierung Villa Mercedes oder die Erneuerung der Absauganlage im Feuerwehrhaus – noch verschoben werden könnten.

Für die Sanierung der Villa Mercedes – so **Herr Philipps** – seien bereits Abschnitte gebildet worden, um nicht alle Maßnahmen in einem Haushaltsjahr durchführen zu müssen. Die Absauganlage im Feuerwehrhaus funktioniere gar nicht und müsse ersetzt werden.

Zur Neubeschaffung eines Opel Combo erkundigte sich **Herr Rohde**, ob es nicht möglich sei, neue Autos durch Werbesponsoren anzuschaffen.

Hierzu erklärte **Herr Herbst**, dass viele Fahrzeuge aufgrund der Flächen nicht für Werbung geeignet seien. Außerdem solle das jetzt zu beschaffende Fahrzeug auch für die Überwachung des fließenden Verkehrs mit eingesetzt werden.

Herr Rohde schlug weiterhin vor, über einen Verkauf der Grundstücke mit den Fact-Häusern nachzudenken, um hier evtl. Wohnbebauung zu schaffen.

Herr Schulz schlug vor, die für die Grünanlage am Gümmekekanal eingesetzte Verpflichtungsermächtigung zu streichen bzw. zu verschieben.

Herr Baxmann und **Herr Herbst** wiesen darauf hin, dass bei einer Streichung dann auch die Fördermittel für diese Maßnahme entfallen würden.

Hierzu merkte **Herr Schulz** an, dass man auch vor dem Hintergrund der steigenden Schulden Prioritäten setzen müsse. Der Innenstadtbereich sollte fertiggestellt werden, aber auf Maßnahmen in den Randgebieten müsse verzichtet werden. Da die EFRE-Mittel erst Ende 2015 abgerechnet sein müssen, bliebe hier auch genügend Zeit, um evtl. später noch Maßnahmen in den Randbereichen durchzuführen.

Herr Braun schlug vor, im Investitionsprogramm für 2013 die Maßnahme aufzunehmen und die VE für 2012 zu streichen.

Herr Baxmann erklärte, die Maßnahme könne auch erst einmal aus dem Investitionsprogramm rausgenommen und 2012 erneut zur Diskussion gestellt werden.

Herr Herbst erklärte, dass die im Haushaltsplan-Entwurf aufgenommenen Maßnahmen Stadtstraßenerneuerung ‚Am Brandende‘ sowie Kanalerneuerung ‚Am Brandende‘ mit einem Betrag von insgesamt 84.600 € in das Haushaltsjahr 2012 verschoben werden könnten. Hier sollten mit der Politik erst die entsprechenden Standards diskutiert werden.

Frau Ethner merkte an, dass für die Grünanlagen nördl. Worthstraße ein sehr hoher Betrag angesetzt sei. Sie sei der Meinung, dass die Anlegung von Grünanlagen auch kostengünstiger durchgeführt werden könne.

Hierzu erläuterte **Herr Herbst**, dass viele Dinge bereits über Bebauungspläne vorgegeben seien. Hier habe die Verwaltung keinen großen Spielraum zur Mitteleinsparung.

Herr Baxmann warf ein, dass es aus diesen Gründen auch sinnvoll sei, die Diskussionen über Standards in den Fachausschüssen zu führen.

Nach kurzer weiterer Diskussion stimmte der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen dem Haushaltsplan-Entwurf 2011 mit der vorgelegten Änderungsliste bei 4 Ja-, 3 Neinstimmen und 1 Enthaltung zu.

8. Haushaltssicherungskonzept 2011
Vorlage: 2010 0849

Herr Lüddecke bezog sich auf einen Brief von Herrn Karl-Heinz Meyer, in dem dieser darum bat, die unter lfd. Nr. 15 im Haushaltssicherungskonzept aufgeführten 10.000 € für Zuschüsse an die Realverbände zur Gewässerunterhaltung nicht zu streichen.

Nach Erläuterung durch **Herrn Trappmann** und kurzer Diskussion einigte sich der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, diesen Punkt wieder aus dem Haushaltssicherungskonzept herauszunehmen.

Anschließend stellte **Herr Rohde** die einzelnen Punkte im Haushaltssicherungskonzept zur Diskussion (Anlage 3).

Auf die Frage von **Herrn Rohde** zu Pos. 1, ob die Personalkosten nicht schon 2011 entsprechend gekürzt werden könnten, erklärte **Herr Philipps**, dass dieses nach augenblicklichem Stand nicht möglich sei.

Pos. 2 wurde so zugestimmt.

Zu Pos. 3 erklärte **Herr Hinz**, dass der Betrag lediglich für 2011 gestrichen werden sollte. Für 2012 solle er im Haushalt belassen werden, um dann zu prüfen, ob hier noch eine Notwendigkeit bestehe, entsprechende Mittel aus-zuzahlen.

Hierzu erläuterte **Herr Philipps**, dass der Betrag dann im Haushalt 2011 gestrichen und die Position 3 aus dem Haushaltssicherungskonzept heraus-genommen werde.

Zu Pos. 4 erklärte **Herr Strecker**, dass ein genauer Betrag zur Einsparung nicht errechnet werden könne. **Herr Baxmann** schlug vor, hier einen Betrag von 3.000 € einzutragen. Diesem Vorschlag folgte der Ausschuss.

Pos. 5 wurde so zugestimmt.

Zu Pos. 6 schlug **Herr Hinz** bei den Kindergärten im Jahr 2011 eine Erhö-hung um 3 % und im Jahr 2013 nochmals um 2 % vor.

Herr Philipps wies darauf hin, dass dann der im Haushaltssicherungskon-zept ausgewiesene Betrag von 128.000 € nicht zu halten sei.

Den Pos. 7 bis 14 wurde so zustimmt.

Pos. 15 soll – wie oben ausgeführt – aus dem Haushaltssicherungskonzept wieder gestrichen werden.

Zu Pos. 16 schlug **Herr Braun** vor, im Haushalt noch einen Betrag von 1.500 € zu belassen, so dass sich der Betrag im Haushaltssicherungskonzept auf 1.100 € reduziere. Der Zuschuss an die NABU von 800 € solle nicht ge-kürzt werden, für private Baumpflegemaßnahmen sollten künftig lediglich 700 € eingestellt werden.

Den Pos. 18 und 19 wurde so zugestimmt.

Zu Pos. 20 bis 22 schlug **Herr Hinz** vor, die Hebesätze in 2012 auf 420 v.H. und 2013 auf 425 v.H. anzuheben.

Den Pos. 23 und 24 wurde so zugestimmt.

Zu Pos. 25 fragte **Herr Rohde** nach, was darunter zu verstehen sei. **Herr Philipps** erklärte, dass es sich hier um eine Selbstverpflichtung der Verwaltung, im Rahmen des Haushaltsvollzugs Haushaltsmittel einzusparen, handele. Auch die Region Hannover schreibe eine solche Position in ihr Haushaltssicherungskonzept.

Herr Hinz schlug vor, als weitere Position in das Haushaltssicherungskonzept eine Erhöhung des Gewinnabführungsbetrages der Stadtparkasse Burgdorf auf künftig 50.000 € aufzunehmen.

Bei 4 Ja- und 4 Neinstimmen wurde das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept **abgelehnt**.

**9. Entwurf Investitionsprogramm 2011
Vorlage: 2010 0809**

Einige Verständnisfragen zum Investitionsprogramm wurden von der Verwaltung beantwortet.

Herr Rohde schlug vor, für die Hundekottütenspender Sponsoren zu suchen.

Anschließend nahm der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen das Investitionsprogramm zur Kenntnis.

10. Anregungen an die Verwaltung

- K e i n e -

Einwohnerfragestunde

Herr Meyer bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern für den Beschluss zur Beibehaltung der Zuschusszahlung an die Realverbände.

Ein Einwohner verwies auf einen Artikel vom 04.12.2010 im Anzeiger für Burgdorf und Uetze und die dort dargestellte Steigerung der Verschuldung. Er wies darauf hin, dass es den künftigen Räten nicht mehr möglich sein werde, noch irgend etwas in dieser Stadt zu gestalten. Er appellierte an die Ausschussmitglieder, maßvoller mit den Steuergeldern umzugehen.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin